

Satzung des Pink Cloud e.V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen "Pink Cloud e. V."

Der Verein hat seinen Sitz in Leipzig.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das jeweilige Kalenderjahr.

§ 2 Gemeinnützigkeit und Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (§ 52 AO).

Zweck des Vereins ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege. Als solcher setzt sich der Verein für die Förderung einer bewussten, selbstbestimmten, solidarischen und gemeinschaftlichen Lebensweise ein.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

die Organisation von kulturellen Veranstaltungen, Informations- und Bildungsangeboten, Workshops und Vernetzungsinitiativen die einen suchtmittelfreien Rahmen zur Vernetzung und Entfaltung bieten

Aufklärungsarbeit über gesundheitsfördernde Lebensweisen und Entstigmatisierung von Suchterkrankungen

§ 3 Selbstlosigkeit und Mittelverwendung

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mitglieder können für ihre Tätigkeiten im Verein eine angemessene Vergütung erhalten, sofern diese der Verwirklichung der gemeinnützigen Zwecke dient und im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten des Vereins liegt.

Vorstandsmitglieder können für ihre Tätigkeiten im Verein eine angemessene Vergütung erhalten, sofern diese der Förderung der gemeinnützigen Zwecke dient und den Grundsätzen der Sparsamkeit sowie der Angemessenheit entspricht.

§ 4 Arten von Mitgliedschaft

Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche und fördernde Mitglieder. Ordentliche Mitglieder sind diejenigen, die sich an der Vereinsarbeit aktiv beteiligen, um die Ziele des Vereins aktiv zu fördern und/oder sich in der Vereinsführung mit zu betätigen. Fördernde Mitglieder unterstützen die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung des besonderen Mitgliedsbeitrags.

§ 5 Eintritt von Mitgliedern

Mitglied kann jede natürliche volljährige Person oder juristische Person werden, die die Vereinsziele unterstützt.

Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich zu stellen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch den Tod, Ausschluss oder Austritt aus dem Verein.

Der Austritt erfolgt durch die schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von einem Monat einzuhalten ist.

Ein Mitglied kann durch den Vorstand von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es mit der Zahlung seines Mitgliedsbeitrags länger als zwei Jahre im Rückstand ist und trotz Mahnung der Beitrag nicht geleistet wird. Eine Streichung kann auch vorgenommen werden, wenn das Mitglied unbekannt verzogen ist.

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es schuldhaft in grober Weise oder wiederholt die Interessen des Vereins verletzt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist. Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig, wobei bei der Befürwortung des Ausschlusses eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimme erforderlich ist.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

Der Verein kann von seinen Mitgliedern Beiträge erheben. Die Höhe und Fälligkeit der Beiträge bestimmt die Mitgliederversammlung.

Der Vorstand kann in begründeten Fällen Beiträge ganz oder teilweise erlassen.

§ 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal im Jahr durch den Vorstand einberufen. Im Übrigen dann, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen beantragen.
2. Der Vorstand lädt, unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung, mit einer Frist von vier Wochen zur Mitgliederversammlung per E-Mail an die letzte vom Mitglied dem Vorstand mitgeteilte E-Mail-Adresse bzw. auf ausdrücklichen Wunsch des Mitglieds, das über keinen eigenen Internetzugang verfügt, per einfachen Brief postalisch ein. Für die ordnungsgemäße Einladung genügt jeweils die Absendung der E-Mail bzw. des Briefes. Die Mitglieder können binnen zwei Wochen die Aufnahme weiterer Punkte beantragen. Verspätet eingegangene Anträge finden keine Berücksichtigung. Der Vorstand kann hiervon Ausnahmen machen, wenn die Verspätung genügend entschuldigt wird oder andere Gründe, insbesondere die Verfahrensökonomie, die Aufnahme des Punkts rechtfertigen. Der Vorstand entscheidet nach objektiven und fairen Maßstäben.
3. Die Mitgliederversammlung findet auf Beschluss des Vorstands in Präsenz oder in einem von diesem bestimmten virtuellen Raum statt.
4. Anträge auf Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind oder durch einen schriftlichen Ergänzungsantrag innerhalb der in Absatz (2) genannten Frist eingegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
5. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die erschienene Anzahl der Mitglieder stets beschlussfähig.
6. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand geleitet.
7. Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist auf Vorschlag der:des Versammlungsleiter*in ein*e Protokollführer*in zu wählen.
8. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Fördernde Mitglieder besitzen kein Stimmrecht.
9. Alle Beschlüsse mit Ausnahme der Änderung der Satzung und der Auflösung des Vereines, werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst und protokolliert. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Der Protokollführer unterzeichnet das Protokoll.
10. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - Entgegennahme der Berichte des Vorstands
 - Beschluss über die Entlastung des Vorstands
 - Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Erlass der Beitragsordnung
 - Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands
 - Beschlussfassung über Änderung der Satzung oder die Auflösung des Vereins
 - Wahl der beiden Rechnungsprüfer*innen und einer Vertretungsperson jeweils für die Dauer von 2 Jahren, Wiederwahl ist bei Bedarf möglich (Rechnungsprüfer*innen müssen nicht Vereinsmitglieder sein)
 - Beschlussfassung über die Vergütung von Mitgliedern für Tätigkeiten im Verein sowie über die Vergütung von Vorstandsmitgliedern, einschließlich deren Höhe und etwaiger Änderungen

§ 10 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens drei ordentlichen Mitgliedern. Die Zahl der Vorstände wird durch die Mitgliederversammlung beschlossen. Zu Vorstandsmitgliedern können nur ordentliche Mitglieder des Vereins gewählt werden. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Die Wiederwahl ist zulässig.
2. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während seiner Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.
3. Der Vorstand kann weitere Personen mit Wahrnehmung von Vorstandsaufgaben betrauen. Diese Personen haben beratende Funktion, sind jedoch nicht stimmberechtigt und gelten nicht als Vorstandsmitglieder im Sinne der Satzung. Die Bestellung erfolgt durch einen Beschluss des Vorstands und kann jederzeit widerrufen werden.
4. Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstands gerichtlich und außergerichtlich vertreten.
5. Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist für die Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung der Mitgliederversammlung zugewiesen sind. Er hat folgende Aufgaben:
 - Entscheidung über alle laufenden Geschäfte des Vereins
 - Einberufung der Mitgliederversammlung
 - Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - Verwaltung und Einsatz der Finanzmittel
 - Erstellung des Jahresberichts
 - Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern
6. Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung eine*n Geschäftsführer*in (besonderer Vertreter nach § 30 BGB) bestellen. Diese*r ist berechtigt an Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.
7. Sitzungen des Vorstands können in Präsenz oder virtuell erfolgen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Verfahren zustimmen. Die Beschlüsse des Vorstands sind zu Beweis Zwecken in einer Niederschrift zu dokumentieren und von zwei Mitgliedern des Vorstands zu unterschreiben.
8. Die Mitgliederversammlung kann im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten für die Ausübung von Vereinsämtern eine angemessene Vergütung oder eine angemessene Aufwandsentschädigung (Letztere im Rahmen des § 3 Nr. 26 a EStG) beschließen.
9. Die Mitglieder des Vorstands haften dem Verein gegenüber nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Der Verein stellt den Vorstand von Ansprüchen Dritter frei, soweit diese nicht auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten beruhen.
10. Der Vorstand hat bis zum 1. März jeden Jahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss festzustellen. Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt durch die von der Mitgliederversammlung bestimmten Rechnungsprüfer*innen.

§ 11 Haftung des Vereins

1. Der Verein haftet ausschließlich mit seinem Vereinsvermögen.
2. Eine persönliche Haftung der Mitglieder für Verbindlichkeiten des Vereins ist ausgeschlossen.

§ 13 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliederversammlung beschlossen werden.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft, zwecks Verwendung zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und Schaffung von suchtmittelfreien Begegnungsräumen.

Leipzig, 21.06.2025